

PALMÖLBERICHT



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS

Kinder- und Zwangsarbeit in Malaysia

Die Spur des billigen Palmöls führt in die Schweiz



INHALT

- 05** Einführung
- 06** Hintergrund
- 07** Leben und Arbeiten auf den Plantagen:
Ausgrenzung und Illegalität
- 11** Das Leben der Kinder in den Plantagen
- 14** Das Leid auf den Palmölplantagen in Malaysia
- 17** Die Verbindungen in die Schweiz
- 19** Nestlé und Palmöl
- 24** Empfehlungen an Nestlé
- 25** Empfehlungen an die Regierung von Sabah
- 26** Fazit
- 26** Quellen

Impressum

Herausgegeben von
Solidar Suisse
Quellenstrasse 31
Postfach 2228
8031 Zürich

Telefon: 044 444 19 19
kontakt@solidar.ch
www.solidar.ch

Redaktion:
Simone Wasmann, Lionel Frei

August 2019



EINFÜHRUNG

Palmöl ist ein Erfolgsprodukt, das in etwa zehn bis zwanzig Prozent unserer Konsumgüter wie Lebensmittel, Kosmetika oder Reinigungsmittel zu finden ist. Jedes sechste Produkt in den Regalen unserer Supermärkte enthält Palmöl.¹ Nicht nur die häufig kritisierten ökologischen Auswirkungen dieses Rohstoffs sind katastrophal, sondern auch die Arbeitsbedingungen, unter denen er gewonnen wird. Dies ist auch im malaysischen Bundesstaat Sabah im Nordosten der Insel Borneo der Fall, wo neun Prozent des weltweit konsumierten Palmöls produziert werden.² Die Mehrzahl der Arbeitskräfte auf den Plantagen sind illegale MigrantInnen, meist aus Indonesien. Geschätzte 840 000 Menschen³ leben und arbeiten hier unter unmenschlichen Bedingungen. Auf den Plantagen eingeschlossen wegen des Risikos verhaftet und ausgeschafft zu werden, ernten sie die Früchte unter extrem beschwerlichen und gefährlichen Bedingungen und zu Löhnen, die nicht zum Leben reichen. Sie sind den Arbeitgebenden schutzlos ausgeliefert und permanent von der Ausweisung bedroht. Sie sind in einer Situation der extremen Ausbeutung gefangen, welche die entscheidenden Elemente von Zwangsarbeit aufweist, wie sie in internationalen Übereinkommen definiert und verboten ist.

Besonders besorgniserregend ist die Situation der Kinder dieser ArbeiterInnen, welche die ökonomische und soziale Ausgrenzung ihrer Eltern mit voller Härte trifft. Sie haben keinen Zugang zu öffentlichen Schulen und viele arbeiten, um ihre Eltern zu unterstützen – eine weitere Verletzung international anerkannter Konventionen, die Kinderarbeit verbieten. Dies geschieht unter dem billigenden Blick des Staates, der eine repressive Politik gegenüber MigrantInnen und ihren Kindern verfolgt und gleichzeitig die Augen verschliesst vor der Ausbeutung dieser billigen Arbeitskräfte, die für die lukrative Palmölindustrie unerlässlich sind.

Solidar Suisse hat in zwei Plantagen im Bundesstaat Sabah eine Recherche durchgeführt.⁴ Dabei wurden mehrere Dutzend ArbeiterInnen befragt. Die Untersuchung wurde ohne Einwilligung des Plantagenmanagements durchgeführt, um die ArbeiterInnen zu schützen und Druckversuche auf die ZeugInnen zu vermeiden. Die effektiven Namen der Plantagen werden daher aus Sicherheitsgründen nicht genannt, sie werden hier als Mojokuto und Suluk bezeichnet. Aufgrund ihrer Abgeschiedenheit und der sozialen Isolation von undokumentierten MigrantInnen ist der Zugang zu verlässlichen Informationen über deren Situation äusserst schwierig, was sich auch im Mangel an Daten spiegelt. Die Wahl der untersuchten Plantagen konnte daher nicht vollkommen frei erfolgen, sondern hing davon ab, wo ein Kontakt zu den ArbeitersmigrantInnen hergestellt und ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden konnte.

Ein Drittel des in die Schweiz importierten Palmöls stammt aus Malaysia.⁵ Ein Hauptimporteur ist das Unternehmen Nestlé, das für die Herstellung seiner Produkte für den schweizerischen und ausländischen Markt grosse Mengen Palmöl verwendet. Nestlé kommuniziert sein Engagement für die Umwelt und die Achtung der Menschenrechte aktiv.⁶ Solidar Suisse hat jedoch festgestellt, dass das Unternehmen über seine Lieferkette direkt und indirekt Palmöl aus Mojokuto und Suluk bezieht und generell mit der Palmöl-Produktion der Region Sabah verbunden ist. Dies obwohl das Unternehmen über die Menschenrechtsverletzungen im dortigen Palmölsektor Bescheid weiss. Als globaler Lebensmittelriese muss Nestlé dringend mehr soziale Verantwortung übernehmen. Statt schöner Worte braucht es Taten – sonst steht die Glaubwürdigkeit des Unternehmens auf dem Spiel.



HINTERGRUND

Von den 13 Bundesstaaten Malaysias produziert Sabah im Nordosten Borneos den Löwenanteil des Palmöls. Die Region trägt mehr als neun Prozent zum weltweiten Angebot an Palmöl bei.⁷ Über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1,5 Millionen Hektaren werden für die Palmölproduktion genutzt.⁸ Die Plantagen konzentrieren sich entlang der Ostküste der Insel und befinden sich oft im Besitz grosser Industriekonzerne. Felda Global Venture, Sime Darby oder IOI Group: Diese in der Öffentlichkeit kaum bekannten Unternehmen versorgen den Weltmarkt mit Palmöl.

Unsere Untersuchung konzentriert sich auf zwei mittelgrosse Plantagen, Mojokuto und Suluk genannt, die aus mehreren Plantagenteilen, so-

nannten Estates, bestehen. Ein einzelnes Estate von Mojokuto umfasst 1500 Hektar, was 2100 Fussballfeldern entspricht, und beschäftigt etwa 200 ArbeiterInnen. Ein Estate der Suluk-Plantage enthält 4000 Hektaren (5600 Parzellen), hier arbeiten 500 Menschen.



LEBEN UND ARBEITEN AUF DEN PLANTAGEN: ISOLATION, AUSGRENZUNG UND ILLEGALITÄT

Ausbeutung von MigrantInnen seit den 1960er Jahren

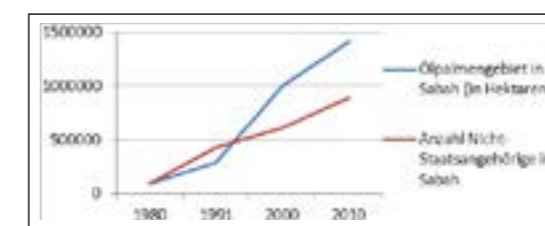
Die gross angelegte Produktion von Palmöl begann bereits in den frühen 1960er Jahren, hat aber seit den 1990er Jahren eine deutliche Beschleunigung erfahren. Die sehr schlecht bezahlte Arbeit auf den Plantagen wird von der lokalen Bevölkerung als 3D – dirty, difficult and dangerous – bezeichnet. Entsprechend waren die Einheimischen von Anfang an wenig interessiert, in den Ölpalmenplantagen zu arbeiten. Daher wurden von 1960 an ArbeiterInnen aus Indonesien und den Philippinen rekrutiert, um den Mangel an einheimischen Arbeitskräften zu beheben. Doch ab den 1980er Jahren ergriff Malaysia eine Reihe von Massnahmen zur Begrenzung der Anstellung von MigrantInnen. Die Regierung reagierte damit auf gegensätzliche Erwartungen: Die Begrenzung der Migration sollte einerseits den wachsenden Ressentiments der Einheimischen entgegenwirken und andererseits genügend billige Arbeitskräfte für die Betreiber der Palmenplantagen garantieren.

Die restriktive Migrationspolitik Malaysias mag angesichts des Arbeitskräftebedarfs auf den Plantagen paradox erscheinen. Der Grund dafür ist einfach: Die illegale Situation der indonesischen ArbeiterInnen erweist sich als profitabel für die Palmölindustrie. Die ArbeiterInnen erhalten weniger als den lokalen Mindestlohn und sind ihren Arbeitgebenden recht- und schutzlos ausgeliefert. Die Ausbeutung dieser ArbeiterInnen ermöglicht den tiefen Preis des äusserst arbeitsintensiven Produkts Palmöl, der die Befriedigung der weltweiten Nachfrage ermöglicht.

Die MigrantInnen, die vor allem aus Indonesien und an zweiter Stelle aus den Philippinen stammen, machen heute einen Drittel der Bevölkerung in Sabah aus: Von 3,9 Millionen EinwohnerInnen sind etwa 1,2 Millionen AusländerInnen.⁹ Sie

arbeiten hauptsächlich auf den Ölpalmenplantagen und 70 Prozent der AusländerInnen haben gemäss dem Direktor der Einwanderungsbehörde von Sabah keine Arbeitserlaubnis,¹⁰ also etwa 840 000 Menschen.

Trotz der Massnahmen zur Begrenzung ausländischer Arbeitskräfte, wächst die Zahl der MigrantInnen stetig. Diese Politik führt zu äusserst prekären Bedingungen für ArbeitsmigrantInnen. Um legal zu arbeiten benötigen sie die Arbeitsbewilligung eines Unternehmens. Damit ist ihre Bewegungsfreiheit vollkommen von diesen abhängig. Wer den Arbeitgeber wechselt, müsste den gesamten kostspieligen und zeitaufwändigen Prozess, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, von neuem beginnen. Doch es liegt im Ermessen des Arbeitgebers, ob er überhaupt eine Arbeitsbewilligung beantragt. Oft beschäftigt er die ArbeiterInnen ohne gültige Dokumente, was sie in ihrer Mobilität stark einschränkt und noch stärker an die Plantage bindet.



Entwicklung der Grösse des Ölpalmengiebts und der Migrationspopulation in Sabah

Die Ölpalmenplantagen erstrecken sich über gigantische Flächen. Reife Früchte müssen innerhalb von 24 Stunden geerntet und zu den Mühlen gebracht werden und innerhalb von weiteren 24 Stunden muss das Öl der Früchte extrahiert werden. Die ArbeiterInnen sind in Baracken auf den Plantagen untergebracht. Diese befinden sich abseits von Dörfern, Strassen und öffentlicher Infrastruktur. Da sie keine Papiere haben, vermeiden es die ArbeiterInnen,

öffentliche Orte zu besuchen, wo sie von der Polizei verhaftet werden könnten. Diese Isolierung wird durch Kontrollmassnahmen und Zugangsbeschränkungen an den Eingängen noch verstärkt. Die Plantagen können meist nur durch ein überwachtes Tor betreten werden. Die von der Aussenwelt isolierten MigrantInnen leben in nach ethnischer Herkunft organisierten improvisierten «Dörfern».

Tiefe Löhne

Die Arbeit in Palmölplantagen besteht aus vier Haupttätigkeiten: das Ernten der Früchte von den Bäumen, das Aufsammeln von zu Boden gefallen Früchten, die Unkrautbekämpfung durch Jäten und Sprühen von Chemikalien, und das Düngen.¹¹

Theoretisch sind die ArbeiterInnen durch das malaysische Arbeitsrecht geschützt, das Bestimmungen zu Mindestlohn, Arbeitszeiten (8 Stunden pro Tag), Überstunden, bezahlten Ferien und weiteren Sozialleistungen enthält. Der Mindestlohn betrug 2018¹² – theoretisch – 920 Malaysische Ringgit MYR, was 220 Franken pro Monat entspricht.¹³ In der Realität wird das Arbeitsgesetz nicht umgesetzt, unabhängig davon, ob die ArbeiterInnen einen legalen Status haben oder nicht. In den Plantagen werden sie temporär angestellt und erhalten einen Lohn, der sich an der eingebrachten Ernte bemisst. So variiert das Monatsgehalt saisonal stark und verunmöglicht jegliche finanzielle Sicherheit. «Wenn wir keine Arbeit haben, bleiben wir zu Hause», erklärt der Arbeiter Erni. «Der Direktor heisst uns häufig, auch an Sonntagen zu arbei-

ten, wenn wir eigentlich zur Kirche gehen möchten», ergänzt Martin, ein christlicher Arbeiter der Mojokuto-Plantage.

Die Ernte erfolgt in Gruppen von 7 bis 14 Arbeitern. In Mojokuto erhält das Ernteteam für eine Tonne Früchte 6.60 Franken, diese werden auf die Anzahl beteiligter Personen aufgeteilt. Ein Team erntet zwischen 5 und 12 Tonnen pro Tag – bei hervorragenden Ernten können es auch einmal 15 Tonnen sein. In Mojokuto kommt ein Arbeiter je nach Aufgabe auf einen Monatslohn von 87 bis 240 Franken. In Suluk beträgt dieser zwischen 102 und 324 Franken. Beide Plantagen halten sich also nicht an den gesetzlichen Mindestlohn. Der Monatslohn müsste im Übrigen gemäss Berechnungen der Wage Indicator Foundation auf 249 bis 410 Franken pro Elternteil verdoppelt werden, um den Grundbedarf einer vierköpfigen Familie zu decken.¹⁴

Gefährliche Arbeit

Geerntet wird von Hand mit rudimentären Werkzeugen. So verwenden die ArbeiterInnen ein Rohr, an dessen Ende eine Sichel befestigt ist, um die Früchte vom Baum zu schlagen. Bei einer Länge von 15 Metern wiegt dieses bis zu zehn Kilogramm und führt häufig zu Verletzungen. Auch Macheten und Dolche, auf welche die Früchte zum Verladen gespiesst werden, sind bei unvorsichtigem Gebrauch extrem gefährliche Werkzeuge. Von einem stürzenden Fruchtbuschel, das 10 bis 40 Kilo wiegt, getroffen zu werden, kann tödlich sein. Kürzlich verletzte sich ein Arbeiter in Suluk mit einer Sichel schwer.

Die Ernte der Fruchtbuschel und das Sammeln von losen Früchten sind die Hauptursache für Verletzungen, doch auch das Versprühen von Pestiziden führt zu ernstesten gesundheitlichen Problemen. Auf den Plantagen Mojokuto und Suluk werden Herbizide wie Roundup (Glyphosat) und Gramoxon (Paraquat) verwendet. Die meisten ArbeiterInnen wissen nicht, wie giftig diese Pestizide sind, da die Unternehmen sie nicht im Umgang damit schulen.

Das Risiko einer Vergiftung wird dadurch erhöht, dass die ArbeiterInnen keine geeignete Schutzkleidung erhalten. In beiden Plantagen werden ihnen weder Handschuhe noch Atemmasken zur Verfügung gestellt. Sie können Nase und Mund einzig mit einem Tuch bedecken. Dies ist völlig ungeeignet, die Inhalation und den Hautkontakt beim Sprühen der giftigen Chemikalien oder beim Sammeln von losen Früchten vom pestizidgetränkten Boden zu verhindern. Vor allem Frauen sind diesen gefährlichen Chemikalien beim Ausbringen von Unkrautvertilgungsmitteln ausgesetzt. Obwohl sich alle Frauen in den ersten drei Monaten nach ihrer Ankunft einer medizinischen Untersuchung unterziehen müssen, werden sie laut einem Vorarbeiter in Suluk nie über deren Ergebnisse informiert: «Uns wird nur gesagt, wenn wir ‚schmutziges Blut‘ haben, aber wir wissen nicht, was das bedeutet», erzählt die Arbeiterin Saiful.

Zwangsarbeit: den Arbeitgebenden ausgeliefert

Die undokumentierten ArbeitsmigrantInnen werden in den beiden untersuchten Plantagen durch

ihre völlige Abhängigkeit vom Arbeitgeber rücksichtslos ausgebeutet. Darüber hinaus weist diese Situation entscheidende Indikatoren der extremsten Form der Ausbeutung auf: der Zwangsarbeit.¹⁵ Die Definition von Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lautet: Jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.¹⁶ Dabei werden Menschen durch Gewalt und Einschüchterung oder subtilere Mittel wie Schulden, das Zurückhalten von Ausweispapieren oder die Drohung, bei der Immigrationsbehörde denunziert zu werden, zur Arbeit gezwungen. Die Isolation der ArbeiterInnen, ihre Verschuldung bei der Rekrutierung, angedrohter Verlust der Arbeit, Lohnabzüge und Auszahlungen über Drittpersonen sowie die Kontrolle durch die Arbeitgebenden und das Risiko, nach Polizeirazzien abgeschoben zu werden: Alle diese in den Plantagen von Sabah festgestellten Missstände sind charakteristisch für Zwangsarbeit.¹⁷

Wie erwähnt haben 70 Prozent der ausländischen ArbeiterInnen – etwa 840 000 Menschen – keinen legalen Status. Das strenge Migrationsregime in Sabah verleiht den Arbeitgebern eine grosse, wenn nicht gar absolute Kontrolle über die migrierten ArbeiterInnen. In Mojokuto werden diese nicht einmal formell angestellt. Die meisten der Befragten hatten keine obligatorische ArbeiterInnen-Identitätskarte (working identity card). Die Rekrutierungsverfahren werden oft informell durchgeführt: Die Unternehmensleitung fordert legale ArbeiterInnen auf,



in Indonesien zurückgebliebene Bekannten zu rekrutieren. GelegenheitsarbeiterInnen werden vor allem in der Hochsaison im Herbst rekrutiert, wenn der Bedarf an Arbeitskräften hoch ist. Frauen machen in der Regel einen überproportionalen Anteil an diesen Gelegenheitsarbeitsplätzen aus, sind aber selten fest angestellt, obwohl sich ihre Arbeit (Düngen und Pestizide anwenden, Früchte sammeln etc.) über das ganze Jahr erstreckt. Sie werden de facto aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert.

In Suluk führen die Verantwortlichen zwei Listen – eine mit legalen und eine mit informellen ArbeiterInnen. Da Letztere auf der Plantage offiziell nicht existieren, werden ihre Löhne den formalen ArbeiterInnen ausbezahlt, die einen Teil davon an die informellen ArbeiterInnen weitergeben. In der Regel werden GelegenheitsarbeiterInnen nach dieser Methode bezahlt, was wieder überproportional Frauen trifft. Mit diesem System können illegale Anstellungen bei Kontrollbesuchen und Inspektionen verschleiert werden. Beide untersuchten Plantagen rekrutieren bewusst ArbeiterInnen ohne Arbeitsbewilligung.

Auch die legalen ArbeiterInnen sind den Arbeitgebern ausgeliefert: Einerseits beschlagnahmt die Plantagenleitung oftmals ihre Pässe, an-

dererseits können auch legal Angestellte ihre Arbeitsstelle nicht einfach wechseln, weil sie nicht davon ausgehen können, von einem neuen Arbeitgeber wieder eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. So kündigen sie ihre Stelle auch bei missbräuchlichen Bedingungen kaum. Ein Arbeiter meint dazu: «Wenn ich mich von einem Arbeitgeber mit besseren Arbeitsbedingungen anstellen lassen würde, verlöre ich meine Arbeitserlaubnis und meinen Pass. Da meine Frau und meine Kinder hier sind, kann ich die Plantage nicht verlassen.»

Polizeirepression

Plantagen-ArbeiterInnen ohne Bewilligung leben in ständiger Angst vor Polizeirazzien. Nach einer Revision des Einwanderungsgesetzes Anfang der 2000er Jahre drohen ihnen bis zu fünf Jahre Gefängnis und bis zu sechs Stockschläge. Im Jahr 2002 wurden bei einer grossen Razzia 60 000 IndonesierInnen in die indonesische Grenzregion Nunukan deportiert. Vor kurzem hat die malaysische Immigrationsbehörde die Operation «Ops Mega 3.0» lanciert. Zwischen Januar und August 2018 wurden 1010 Razzien durchgeführt und mehr als 3300 MigrantInnen festgenommen.¹⁸

MigrationsarbeiterInnen haben Strategien entwickelt, um Verhaftungen zu entgehen. Der Begriff «betapo» (verstecken) ist Teil ihres alltäglichen Wortschatzes. So haben manche innerhalb der Plantage geheime Zelte oder semi-permanente Hütten aufgebaut. Wenn ein Polizeieinsatz bekannt wird oder die ArbeiterInnen die Polizei kommen hören, fliehen sie, um sich in den Tiefen der Plantage oder im umliegenden Wald zu verstecken.

Plantagenbesitzer, die ArbeiterInnen ohne Bewilligung einstellen, könnten zwar belangt werden, in Realität werden sie aber nie sanktioniert. So war es auch, als Felda Global Ventures, eines der grössten Ölpalmenunternehmen, öffentlich der Zwangsarbeit beschuldigt wurde.¹⁹ Dies zeigt, dass die politischen Behörden nicht gewillt sind, das Gesetz bei den Arbeitgebenden durchzusetzen.

«Ich hörte die Erwachsenen in Panik schreien.»

Im August 2018 gab es in Mojokuto eine Razzia. Einige ArbeiterInnen standen plaudernd am Eingang der Plantage in der Nähe der Sicherheitsbarriere an der Hauptstrasse. Plötzlich bog ein nicht gekennzeichnete Polizeiwagen in die Anlage. Einige ArbeiterInnen wurden von Polizisten, die aus dem Auto stürzten, gefesselt, andere flohen ins Plantagengelände. Der elfjährige Asman, der am Vortag eine leichte Operation gehabt hatte, erzählt: «Ich hörte die Erwachsenen in Panik schreien: 'Rennt, die Polizei kommt!' Ich konnte fliehen, obwohl ich grosse Schmerzen hatte beim Laufen wegen meiner Operation.»



DAS LEBEN DER KINDER IN DEN PLANTAGEN

Auf den Ölpalmenplantagen von Sabah leben viele Kinder ohne Papiere. Sie sind die Verletzlichen in der langen Lieferkette des Palmöls und zahlen einen hohen Preis für den konstanten Druck auf die Kosten, um den Profit der Unternehmen zu maximieren. Sie sind aufgrund des Status ihrer Eltern illegal und haben weder Zugang zu öffentlichen Schulen noch zur Gesundheitsversorgung. Viele müssen ausserdem mitarbeiten, um ihre Eltern zu unterstützen. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, da sie aufgrund ihres illegalen Status in keiner offiziellen Statistik erscheinen. Die Zahlen diverser Studien schwanken zwischen 50 000 und 200 000 Kindern.²⁰ Sie haben unterschiedliche Migrationswege hinter sich. Einige migrieren mit ihren Eltern aus Indonesien nach Malaysia, wenn sie noch klein sind. Andere kommen in Malaysia als Kinder von Eltern ohne Aufenthaltsstatus zur Welt.

Keine rechtliche Existenz

Kinder von Eltern ohne legalen Status können nicht malaysische StaatsbürgerInnen werden, und ihre rechtliche Situation ist äusserst prekär. Am schlimmsten ist es für Kinder, die staatenlos werden, weil ihre Eltern sie nicht bei der indonesischen Botschaft in Sabah registriert haben.

Theoretisch erhält jedes in Malaysia geborene Kind von der nationalen Registrierungsbehörde eine Geburtsurkunde. Auch wenn dies keine malaysische Staatsbürgerschaft bedeutet, wird so immerhin ihre Existenz in Malaysia offiziell bestätigt. In der Praxis ist dies wegen des irregulären Status ihrer Eltern jedoch schwierig zu bewerkstelligen. Denn eine Geburtsurkunde wird nur ausgestellt, wenn die Mutter das Kind in einer öffentlichen Klinik zur Welt bringt. Dafür müsste diese jedoch die Plantage verlassen,



was MigrantInnen nach Möglichkeit vermeiden, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, verhaftet zu werden. Ausserdem können nur Frauen in einer Klinik gebären, die regelmässige Schwangerschaftsuntersuchungen durchgeführt haben, was sich viele Migrantinnen nicht leisten können.

Schwierige Lebensbedingungen

Kinder ohne Papiere leben mit ihren Eltern in isolierten und illegalisierten Gemeinschaften. Von Geburt an der gleichen Situation wie ihre Eltern als irreguläre MigrantInnen ausgesetzt, verlassen auch sie die Plantagen kaum. «Es gibt nur zwei oder drei Kinder hier, die schon mal in der Stadt waren. Die meisten von ihnen können nur mit ihren Eltern ins nahe gelegene Dorf gehen, um nach dem Zahltag das Nötigste einzukaufen», erklärt Ivo, Lehrer im Community Learning Center (siehe Kasten Seite 13). Ein Junge berichtet, dass er mit zehn Jahren zum ersten Mal in der Stadt war, um einen von der indonesischen Botschaft organisierten Anlass zu besuchen. Ein zwölfjähriges Mädchen erzählt vom Verbot des Vaters, am Fluss zu spielen, «weil ich von der Polizei verhaftet werden könnte».

Die Lebensbedingungen in den irregulären Gemeinschaften der MigrantInnen sind für Kinder katastrophal. Abgesehen vom fehlenden Zu-

gang zu Bildung und Gesundheitsversorgung ist Drogenschmuggel in Sabah an der Tagesordnung. Im November 2018 beschlagnahmte die Drogenermittlungsbehörde mehrere Dutzend Kilogramm geschmuggeltes Methamphetamin. Die Interviewten bestätigen den verbreiteten Drogenkonsum in den Plantagen von Mojokuto und Suluk. Auch Ehen und Schwangerschaften von Minderjährigen sind zu beklagen. In Mojokuto beging beispielsweise ein 15-jähriges Teenagerpaar eine traditionelle Hochzeit. «Das Mädchen wurde bald darauf schwanger, aber ihr Kind starb bei der Geburt», erzählt die Lehrerin Ita.

Kinderarbeit

Kinderarbeit ist auf den Ölpalmenfeldern weit verbreitet. Dies wird in diversen Berichten angeprangert,²¹ doch betreffen diese vor allem Indonesien. Dieser Bericht geht erstmals auf die spezifische Situation der Kinder in Sabah ein. Dass Kinder arbeiten müssen, ist der Armut und Ausbeutung ihrer Eltern aufgrund des tiefen Lohns und der Kontrolle durch den Arbeitgeber geschuldet. Um zu überleben, sind die Familien auf die Kinder angewiesen, insbesondere auch wegen des Lohnsystems, das auf Bezahlung nach Stückzahlen oder der Erreichung von Quoten beruht.

Die befragten Personen bestätigten die Existenz von arbeitenden Kindern auf der Plantage von Mojokuto. Der elfjährige Asman und seine 14-jährige Schwester Jessica helfen ihrer Mutter Erni beim Sammeln der losen Früchte. Obwohl sie sich noch im Wachstum befinden, schultern Asman und Jessica Säcke, die zwischen 15 und 20 Kilogramm wiegen. Asman hat sich eine Technik angeeignet, um die schweren Säcke auf seine Schultern zu hieven: «Du musst den Sack zuerst anheben, ihn dann an der Seite einer Ölpalme abstützen und anschliessend auf der Schulter platzieren.» Jessica möchte ihrer Mutter aus einem ganz bestimmten Grund helfen: «Wenn ich Mama helfe, kann sie ihre Arbeit früher beenden und wir können zusammen nach Hause gehen», erklärt sie.

Zum Alter der Kinder gibt es keine genauen Schätzungen. Lehrer Ivo erzählt: «An einem Ort, wo ich unterrichtete, hat ein Kind im Alter von sechs Jahren bereits gearbeitet, um seiner Mutter zu helfen.» Die Kinder helfen vor allem ihren Müttern, da Frauen für die Betreuung der Kinder zuständig sind. Sie nehmen ihre Kinder einfach zur Arbeit mit.

So verrichten die Kinder die gleichen Arbeiten wie ihre Mütter: düngen, Pestizide ausbringen, Unkraut jäten und lose Früchte sammeln. «Je nach Aufgabe, die wir gerade erledigen müssen», erklärt Erni. «Eine unserer Schülerinnen hilft ihrer Mutter, Plastikbeutel mit Dünger zu füllen», erklärt Lehrerin Ita. «Manchmal bitten uns SchülerInnen um Erlaubnis, dem Unterricht fernzubleiben, weil ihre Mütter Hilfe beim Sammeln der losen Früchte brauchen.»

Es braucht die Arbeit der Kinder, da die Löhne nicht zum Leben reichen bei den Mengen, die eine Person pro Tag alleine ernten kann. Asman und Jessica erhalten wie viele andere Kinder kein eigenes Gehalt. Ihre Ernte wird derjenigen ihrer Eltern beigelegt. «Die Arbeitgebenden bezahlen die Kinder nicht», erklärt Lehrerin Risma, «wenn die Eltern dank der Arbeit der Kinder mehr ernten können, erhöht sich einfach das Einkommen der Familie.»

Die Situation der Kinder verbessern: Community Learning Centers

Ein entscheidender Faktor um Kinderarbeit zu verhindern, ist der Zugang zu Schulbildung. Nur so haben die Kinder wenigstens die Chance, später eine gute Arbeit zu finden und ein besseres Leben zu haben als ihre Eltern. Doch die illegale Situation der Kinder macht ihre Einschulung fraglich und sie ist sogar schwieriger geworden. Vor 1997 konnten alle Kinder in Malaysia unabhängig von ihrer Nationalität eine öffentliche Schule besuchen. Danach wurden die Zeugnisse von Kindern ohne malaysische Staatsbürgerschaft mit dem Stempel «ausländisch» versehen, und seit 2002 werden ausländische oder papierlose Kinder systematisch aus den öffentlichen Schulen ausgeschlossen. 2014 hat die indonesische Regierung begonnen, in der Nähe der Plantagen sogenannte Community Learning Centers einzurichten, um den Kindern von indonesischen StaatsbürgerInnen ein Mindestmass an Bildung zu ermöglichen. Laut offiziellen Angaben haben diese seither 23 000 Kindern den Schulbesuch ermöglicht. Aber so positiv diese Initiative sein mag, sie erreicht nicht alle von der Schulbildung ausgeschlossenen Kinder. Um ein Community Learning Center zu eröffnen, müssen die LehrerInnen eine Erlaubnis der Plantagenbesitzer einholen, die keineswegs immer erteilt wird.



DAS LEID AUF DEN PALMÖLPLANTAGEN IN MALAYSIA ...

Zwangs- und Kinderarbeit sind auf malaysischen Palmölplantagen keine Seltenheit. Obwohl die Industrie auf ArbeitsmigrantInnen angewiesen ist, ist die Migrationspolitik extrem restriktiv, was zur Illegalisierung und Ausbeutung der Erwachsenen und ihrer Kinder führt.



1,2 Mio. ArbeitsmigrantInnen leben in Sabah, davon **840 000** undokumentiert

50 000 bis 200 000 undokumentierte Kinder



Irreguläre Migration

70 % der ArbeiterInnen sind undokumentiert und kommen ohne gültige Papiere über die Grenze.

Ausbeutung

Die MigrantInnen sind für die Arbeitsbewilligung, aber auch bei illegaler Anstellung, von den Plantagenbetreibern abhängig. Das ist der Nährboden für Zwangsarbeit und Kinderarbeit.



Arbeitsbedingungen

Die harte körperliche Arbeit auf den Plantagen ist gefährlich und der Lohn dafür gering.



Soziale Isolation

Die Plantagen liegen weit verstreut und sind meist schlecht erreichbar. Die Angst vor Polizeikontrollen und Inhaftierung, sowie die drohende Ausschaffung schränken die Mobilität aber noch viel stärker ein.



LIEFERKETTE

MALAYSIA



Abholzung zur Entstehung einer Plantage



Monokultur Plantage



Verarbeitung der Früchte zu Palmöl



Transport



Weiterverarbeitung des Palmöls



Herstellung der Produkte aus Palmöl



Verkauf der Produkte beim Detailhändler



Konsum

SCHWEIZ

PALMÖL AUS SABAH

Ein Viertel der Palmölproduktion in Malaysia kommt aus der Provinz Sabah



> 9 % des weltweit gehandelten Palmöls kommt aus Sabah

19 %

des BIP von Sabah entfällt auf die Landwirtschaft



1,5 Mio. Hektaren Palmölplantagen gibt es in Sabah, das sind ...



... **85 %** der Agrarfläche

1,2 Mio.

ArbeitsmigrantInnen leben in Sabah



Davon sind **840 000** undokumentierte ArbeitsmigrantInnen und ca. **50 000 bis 200 000** undokumentierte Kinder

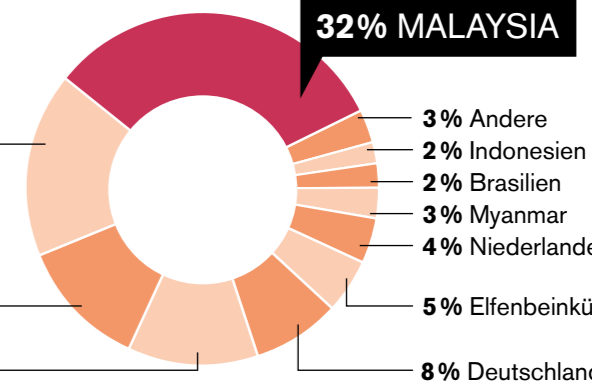
... FÜR BILLIGE PRODUKTE IN DER SCHWEIZ

Palmölimport in die Schweiz

17 % Salomonen

12 % Papua Neuguinea

12 % Kambodscha



Palmölkonsum in der Schweiz

Etwa 10%–20% der Supermarktprodukte enthalten Palmöl, das ist ungefähr jedes sechste Produkt.



NESTLÉ

Nr. 1 Nahrungsmittelkonzern weltweit mit Hauptsitz in Vevey (Schweiz)

91,4 Milliarden CHF Umsatz im Jahr 2018

10,2 Milliarden CHF Profit im Jahr 2018

2000 Markenartikel im Sortiment

14 Hauptrohstoffe, einer davon Palmöl



Was ist Kinderarbeit?

Kinderarbeit bezieht sich auf die Beschäftigung von Kindern, die nach dem Übereinkommen 138 und 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verboten ist.

- Die ILO legt das Mindestarbeitsalter für Kinder für die meisten Aktivitäten bei 15 Jahren fest und für gefährliche Arbeiten bei 18 Jahren.
- Junge ArbeiterInnen müssen vor Bedingungen geschützt werden, die ihrem körperlichen, geistigen, emotionalen Wohlergehen schaden können.
- Sie dürfen keine übermässige Arbeitszeit leisten.
- Die Arbeit hindert sie nicht daran, die Schule zu besuchen.

Nicht verboten sind gemäss ILO-Konventionen altersgerechte Aufgaben, die ein geringes Risiko darstellen und die Entwicklung des Kindes nicht beeinträchtigen.

Was ist Zwangsarbeit?

Die ILO-Konvention 29 definiert Zwangsarbeit als «alle Arbeiten oder Dienstleistungen, die von einer Person unter Androhung einer Strafe verlangt werden und für die diese Person sich nicht freiwillig angeboten hat». Indikatoren für Zwangsarbeit sind oft subtiler und können beinhalten:

- übermässige Arbeitszeiten oder erzwungene Überstunden
- Nichtzahlung von Mindestlöhnen
- Lohnabzüge
- Auszahlung von verspäteten oder auf unbestimmte Zeit zurückgehaltenen Löhnen
- Schulden gegenüber dem Arbeitgeber oder Personalvermittler
- Täuschung über die Art der Arbeit oder des Standorts
- physische oder psychische Nötigung
- Missbrauch der Verwundbarkeit
- mangelnder Zugang zu Identitätsnachweisen oder Reisepapieren
- Abhängigkeit vom Arbeitgeber oder Personalvermittler für Wohnen, Essen usw.

Ein einzelner Indikator weist je nach dem noch nicht auf Zwangsarbeit hin. Das Vorhandensein mehrerer dieser und anderer Indikatoren können auf ein ernsthaftes Problem der Zwangsarbeit hinweisen.

DIE VERBINDUNGEN IN DIE SCHWEIZ

Sobald die Früchte geerntet und in Mühlen zu Palmöl verarbeitet worden sind, wird das Öl in den Rest der Welt exportiert. Von den jährlich 60 Millionen Tonnen stammen 85 Prozent aus Malaysia (19,9 Millionen) und Indonesien (35,7 Millionen). Die Europäische Union ist mit 6,9 Millionen Tonnen jährlich²² die zweitgrösste Importeurin²³.

Die Schweiz importierte in den letzten drei Jahren einen Drittel des Palmöls aus Malaysia, das somit das wichtigste Herkunftsland ist. Das geplante Freihandelsabkommen Schweiz-Malaysia ist vor allem wegen der geforderten Zollkonzessionen für Palmöl sehr umstritten. Ende Oktober 2018 hat die Schweiz ein aus dem gleichen Grund kritisierendes Freihandelsabkommen mit Indonesien mit nur beschränkten Zollreduktionen für Palmöl abgeschlossen. Dank politischem Druck einer Koalition aus Schweizer NGOs und dem Bauernverband wurden Zollreduktionen an die Erfüllung von Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt. Allerdings sind diese Anforderungen sehr allgemein gehalten und die Durchsetzungsmechanismen ungenügend. So wird zum Beispiel ausgerechnet in diesem höchst kritischen Bereich die Anrufung des im Rahmen des Abkommens vorgesehenen Schiedsverfahrens explizit ausgeschlossen. Somit ist höchst fraglich, wie die Schweizer Behörden sicherstellen können, dass tatsächlich nur nachhaltig produziertes

Palmöl von schweizerischen Zollreduktionen profitiert. Ohne klar definierte Vorgaben, einen effektiven Kontrollmechanismus sowie Sanktionsmöglichkeiten, opfert der Bundesrat seine hehren Nachhaltigkeitsziele einmal mehr auf dem Altar der Exportinteressen. Das gleiche würde für ein Abkommen mit Malaysia gelten.

Angesichts des wachsenden Bewusstseins für die Palmölproblematik bei den Schweizer KonsumentInnen und der entsprechenden Reaktion der Schweizer Grossverteiler und Lebensmittelverarbeiter, die sich zum Beispiel an der gestiegenen Nachfrage nach heimischem Rapsöl zeigt,²⁴ ist nicht damit zu rechnen, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien den hiesigen Palmölkonsum weiter anheizen wird. Wahrscheinlich ist jedoch eine Verschiebung der Menge bei den Importländern, denn Indonesien deckt – im Gegensatz zu Malaysia – bisher nur zwei Prozent der Schweizer Palmölimporte ab.

Die Schweiz importiert jedoch nicht nur Palmöl, sie beheimatet auch viele multinationale Unternehmen, die Palmöl verarbeiten. Nestlé zum Beispiel importiert Palmöl, welches vom Unternehmen stammt, das die Suluk-Plantage betreibt und von den Palmölmühen, an welche die Mojokuto-Plantage ihre Ernte liefert.²⁵





NESTLÉ UND PALMÖL

Mit einem Umsatz von 91,4 Milliarden Franken und einem Gewinn von 10,2 Milliarden Franken ist Nestlé eines der grössten Unternehmen weltweit, das Palmöl verarbeitet. Der multinationale Konzern aus Vevey ist das führende Agrar- und Lebensmittelunternehmen und steht gemessen am Umsatz insgesamt an 42. Stelle der weltweit grössten Unternehmen.²⁶ Nestlé besitzt 2000 Marken, von lokalen Produkten bis hin zu globalen «Ikonen» wie Nespresso, Maggi oder Cailler. In 190 Ländern tätig, verfügt das Unternehmen über 413 Werke auf fünf Kontinenten.

Palmöl ist einer der 14 wichtigsten Rohstoffe von Nestlé,²⁷ die zusammen 95 Prozent des jährlichen Rohstoffbedarfs des Unternehmens ausmachen.²⁸ 2016 verwendete Nestlé 420 000 Tonnen Palmöl, zum Beispiel für die Herstellung seiner Produkte wie Frittieröle, Fertiggerichte, Saucen, Margarinen und Süsswaren.²⁹ Der multinationale Konzern importiert Palmöl von mehreren Dutzend Lieferanten. Darunter sind Riesen des Rohstoffhandels wie Archer Daniels Midland (ADM) oder Bunge sowie auf pflanzliche Öle spezialisierte Unternehmen wie Sime Darby oder Wilmar, ein Lebensmittelunternehmen aus Singapur, das im Palmölhandel weltweit führend ist.³⁰ Diese Unternehmen verarbeiten das Palmöl vom Rohstoff bis zu der Zwischenform, die in die Endprodukte eingearbeitet wird, welche an die KonsumentInnen verkauft werden. Viele dieser Unternehmen besitzen oder handeln mit Hunderten von Palmölmühen. Nestlé ist somit über direkte LieferantInnen mit mehr als 15 000 Palmölmühen weltweit verbunden.³¹

Unsere Recherche hat ergeben, dass die Mojokuto-Plantage ihre Ernte an zwei Palmölmühen liefert, die beide auf der Liste der Palmölmühen 2018 von Nestlé aufgeführt sind. Auch alle weiteren Mühen in der näheren Umgebung von Mojokuto sind dort aufgelistet. Das Palmöl von

Mojokuto landet mit fast vollständiger Sicherheit in der Lieferkette von Nestlé. Die Plantage Suluk ist im Besitz eines Unternehmens, das ebenfalls Palmöl an Nestlé liefert. Suluk hat eine eigene Palmölmühle angegliedert, die sich auf der Nestlé Liste wiederfindet.

Malaysisches Palmöl figuriert auf der Liste des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten, die Waren aufführt, bei denen ein hohes Risiko besteht, dass sie durch Kinder- oder Zwangsarbeit produziert wurden. Als Staat steht Malaysia auch auf der Level-2-Watchlist des US-amerikanischen Aussenministeriums in Bezug auf Menschenhandel.³²

Unternehmensverantwortung hält ihre Versprechen nicht

Nach den vielen Skandalen, in die das Unternehmen aus Vevey verwickelt war, hat sich Nestlé in den letzten Jahren eine Reihe von Verpflichtungen und Instrumente im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR) auferlegt. So versichert der Multi, internationale Konventionen und Initiativen zu Arbeits- und Menschenrechten wie den Global Compact der UNO, die ILO-Kernarbeitsnormen und die Leitlinien für multinationale Unternehmen einzuhalten.³³

Die Nestlé-Politik in Bezug auf verantwortungsvolle Beschaffung wird im Responsible Sourcing Standard definiert.³⁴ Gemäss diesem Standard verpflichtet sich das Unternehmen, seine Lieferungen «mit Sorgfalt und Respekt vor Einzelpersonen, Gemeinschaften und dem Planeten» zu organisieren. Nestlé versteht seine Verantwortung als einen pyramidenartigen Trickle-down-Effekt: Das Unternehmen auferlegt seinen Direktlieferanten Sozialstandards, diese müssen wiederum dafür sorgen, dass die Sozial- und Umweltstandards bei ihren Lieferanten eingehalten werden.³⁵

Nachhaltiges Palmöl

Der Verlust der Biodiversität und die Missachtung der Menschenrechte sind dringliche Probleme in der Palmölindustrie. Palmöl wird hauptsächlich in tropischen Regionen angebaut. Die grossflächige Abholzung von Regenwald zur Gewinnung von Agrarnutzfläche führte in Malaysia und Indonesien zu sogenannten «grünen Wüsten»⁴⁹ und einem enormen Biodiversitätsverlust, der bedrohte Orang Utan ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Durch die Zerstörung der Torfmoore gelangen ausserdem riesige Mengen gespeichertes CO₂ in die Atmosphäre und tragen so zur Klimakatastrophe bei.

Die Waldrodung führt ausserdem zu sozialen Konflikten. Meist geht es um nicht anerkannte Landrechte der lokalen Bevölkerung. So wird Land verkauft, ohne das Einverständnis der Menschen einzuholen, die oft seit Generationen darauf leben.

Einmal etabliert, belasten Palmölplantagen und -mühlen durch den Einsatz von Pestiziden bzw. ungenügendes Abwassermanagement die Biodiversität, das Klima (durch Methangas-Entweichung aus dem Abwasser) und die Lebensgrundlage der lokalen Gemeinschaften weiter. Hinzu kommen schwere Verstösse gegen die Arbeitsrechte und verbreitete Zwangs- und Kinderarbeit.

Verschiedene Labels versuchen nachhaltiges Palmöl zu garantieren. Das grösste von ihnen ist der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO). In 16 Jahren ist es dem Label jedoch nicht gelungen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei der Palmölproduktion sicherzustellen – weder Biodiversität noch Menschenrechte werden wirksam geschützt. Die Gründe hierfür sind vielfältig, lassen sich aber grob in zwei Kategorien unterteilen: Erstens sind die Richtlinien zu lax und zweitens werden sie infolge mangelnder Kontrollen und unwirksamer Sanktionsmechanismen unzureichend durchgesetzt.

Das schriftliche Festhalten dieser Verpflichtungen ist zwar ein wichtiger erster Schritt in Richtung soziale Verantwortung des Unternehmens, es garantiert aber nicht, dass das Unternehmen tatsächlich danach handelt. Gemäss der Website von KnowTheChain, die das Engagement grosser Unternehmen zur Bekämpfung von Zwangsarbeit in ihren Produktionsketten bewertet, erhält Nestlé die Note 58 (von 100) und nimmt den fünften Platz hinter anderen Nahrungsmittelkonzernen wie Unilever, Kellogg, Coca-Cola und Tesco ein.³⁶ Diese zwiespältige Bewertung deckt sich mit den Ergebnissen einer Studie von Corporate Benchmark, die auf globaler Ebene das Engagement von multinationalen Unternehmen gegen Menschenrechtsverletzungen vergleicht. Nestlé erreicht 48,4 von 100 Punkten und liegt auch hier hinter Unilever, Coca-Cola und Kellogg.³⁷ Diese unabhängigen Studien zeigen also die Grenzen des Engagements für soziale Verantwortung des Multis auf.

Amnesty International stellte 2016 Zwangs- und Kinderarbeit in Palmölplantagen von Wilmar, einem der grossen Lieferanten von Nestlé, in Indonesien fest.³⁸ Im April 2019 berichtete die New York Times, dass syrische ArbeiterInnen bei der Haselnussernte in der Türkei ausgebeutet wurden auf Plantagen, die für Nestlé produzieren.³⁹ Und die Washington Post zitierte im Juni 2019 Brancheninsider, die voraussagen, dass die von den grossen Unternehmen, darunter Nestlé, für 2020 gesetzten Ziele zur Abschaffung der Kinderarbeit in der Kakao-Lieferkette einmal mehr verpasst werden.⁴⁰ Es ist offensichtlich, dass die von Nestlé behaupteten guten Praktiken bei weitem nicht systematisch umgesetzt werden.

Die Analyse der verfügbaren Dokumente zeigt: Zwar investiert Nestlé viel in die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten und hat einen Fahrplan für eine verantwortungsvollere Beschaffung entwickelt. Die detaillierten Ergebnisse der Untersuchungen, auf denen diese Verpflichtungen beruhen, und die möglicherweise vor Ort getroffenen Massnahmen bleiben jedoch – von wenigen Aus-



nahmen abgesehen – Firmengeheimnis. Trotz der Menge an öffentlichen Publikationen ist es nicht möglich, das tatsächliche Engagement hinter den schönen Hochglanzbroschüren abzuschätzen, da Nestlé darauf bedacht ist, die Kontrolle über die öffentlich zugänglichen Informationen zu Menschen- und Arbeitsrechten in ihrer Lieferkette zu behalten. Nestlé's Verständnis von Transparenz ist auch deshalb äusserst problematisch, weil diese ein Kernelement der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung ist. Dies zeigt sich auch in der Palmöllieferkette. Zwar ist laut Nestlé über die Hälfte der Lieferkette bis zur Plantage rückverfolgbar,⁴¹ veröffentlicht werden aber nur je eine Liste der direkten Lieferanten und der Mühlen, von denen Nestlé Palmöl bezieht. Eine Liste der Plantagen fehlt. Auch wird die Transparenz der Palmölmühlen-Liste bei der Publikation wieder relativiert «(...) [the list] should not be taken as fully exhaustive nor fully

accurate as supply chain flows evolve on a daily basis.»⁴² Und auch auf mehrfache Nachfrage zur Zuverlässigkeit spezifischer Teile der Liste antwortete der Riese aus Vevey nicht.

CSR-Vorgaben für die Palmöl-Produktion

Gemäss Nestlé-Standard für verantwortungsvollen Einkauf erwartet der multinationale Konzern, dass Zulieferer ihre Arbeitsmethoden kontinuierlich verbessern, «indem sie Personal, Tiere, Land, Wasser und Wälder, mit denen sie arbeiten, respektieren und pflegen».⁴³ Der Standard enthält spezifische Leitlinien für die ProduzentInnen, unabhängig davon, ob es sich um kleine Familienstrukturen oder grosse Plantagen handelt.

«Während der Erntesaison kann unter folgenden Bedingungen eine Abweichung von der Arbeitszeitbegrenzung vereinbart werden: Überstun-



den werden im Voraus abgemacht, angemessen geplant und bar mit einem Zuschlag (zu einem höheren Tarif) bezahlt oder anschliessend durch eine Reduktion der Arbeitszeit kompensiert, wobei die geleisteten Überstunden die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet.⁴⁴ Der Arbeitgeber muss ausserdem bei der Einstellung «den KandidatInnen eine Kopie des Original-Arbeitsvertrags in einer für sie verständlichen Sprache abgeben».⁴⁵ Schliesslich fordert Nestlé, dass die Lieferanten nicht «von den ArbeiterInnen eine ‚Garantie‘ als Voraussetzung für die Anstellung verlangen (z.B. Pass, ArbeiterInnen-Identitätskarte, Arbeitsbewilligung, Bankbüchlein oder -karte oder andere persönliche Dokumente), so dass es den ArbeiterInnen freisteht, ihren Arbeitgeber nach einer angemessenen Kündigungsfrist zu verlassen.»⁴⁶

Die Realität auf den malaysischen Plantagen weicht jedoch systematisch vom Nestlé-Standard ab. Überstunden, Gesundheitsgefährdung, fehlende Arbeitsverträge, etc.: Viele der Prinzipien und Verpflichtungen von Nestlé werden in den Plantagen von Mojokuto und Suluk nicht eingehalten. Die in diesen Plantagen aufgedeckten Probleme sind zudem typisch für die Situation im gesamten Palmölsektor in Sabah.

Wenig wirksamer Beschwerdemechanismus

Nestlé hat einen Mechanismus eingerichtet, um allfällige Verstösse gegen die Unternehmensgrundsätze zu melden. Alle Stakeholder können Praktiken melden, die gegen die erklärten Werte des Unternehmens verstossen. Gemäss Informationen von Nestlé wurde dieser Mechanis-

mus 2018 im Palmölsektor 57 Mal angewendet. Zwölf Fälle betrafen Malaysia und neun Prozent den Bereich Arbeit und Menschenrechte.⁴⁷ Es wird jedoch nicht kommuniziert, wie viele Beschwerden zu Arbeit und Menschenrechten in Malaysia eingingen. Ebenso wenig informiert Nestlé darüber, wie die Beschwerden weiterverfolgt werden und was zur Behebung von Missständen unternommen wird.

Damit die ArbeiterInnen, die in Mojokuto und Suluk ausgebeutet werden, dieses System tatsächlich benutzen können, muss eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein: Erstens müssen sie Kenntnis von dessen Existenz haben. Zweitens müssen sie über die nötigen Sprachkenntnisse und Zugang zum Internet verfügen, um eine Beschwerde einreichen zu können. Und drittens müssen die ArbeiterInnen wissen, dass das Palmöl der von ihnen geernteten Früchte an Nestlé verkauft wird. Diese praktischen Aspekte machen es höchst unwahrscheinlich, dass die ArbeiterInnen von Mojokuto und Suluk den von Nestlé eingeführten Mechanismus anwenden können.

Ist sich Nestlé der Grenzen dieses Systems bewusst? Es scheint so, denn das Unternehmen ist dabei, ein zweites System aufzubauen. Es handelt sich dabei um eine Helpline für die ArbeiterInnen auf den Ölpalmenplantagen in Malaysia, die es ihnen ermöglichen soll, Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen zu melden. Sie wurde zusammen mit Sime Darby Plantation, einem der grössten Palmölunternehmen, entwickelt und bietet den ArbeiterInnen verschiedene Kanäle (SMS, Facebook, Telefon), um ihre Beschwerden zu kommunizieren. Dieses Projekt befindet sich jedoch noch in der Pilotphase und Nestlé publiziert keine Informationen über seine Auswirkungen.⁴⁸



Was unternimmt Solidar Suisse in Sabah und in der Schweiz?

Gleichzeitig mit der Arbeit an der vorliegenden Studie hat Solidar Suisse im 2018/2019 damit begonnen, verschiedene Community Learning Centers (CLCs) in den Palmöl-Anbaugebieten Sabahs zu unterstützen. Einige dieser CLCs befinden sich ausserhalb der Plantagen und erhalten daher keine finanzielle Hilfe von den Betreibern. Das heisst die Lehrer müssen sich selbst um die Finanzierung kümmern. Dementsprechend gibt es kaum Schulmaterial. Solidar Suisse hat die Ausstattung der SchülerInnen mit Schulsäcken, Heften und Schreibmaterial ermöglicht. In einigen Fällen wurde Werkzeug und Baumaterial finanziert, damit die Lehrer die Schulgebäude selbst renovieren konnten. In einem Fall wurde ein Stromanschluss ermöglicht. Besonders erfreulich war, dass diese Investitionen die Bereitschaft der Eltern erhöhten, ihrerseits Beiträge zum Betrieb der CLCs zu leisten. Und auch die Motivation der LehrerInnen und SchülerInnen verbesserte sich. Solidar Suisse will die Unterstützung der CLCs ab 2020 weiter ausbauen.

In der Schweiz beteiligte sich Solidar Suisse zusammen mit dem WWF ab 2017 an einem intensiven Austausch mit den Grossverteilern, um die Beschaffung von Palmöl für den Schweizer Markt nachhaltiger zu gestalten. Unser Ziel war, gemeinsam mit der Branche einen schweizweiten Ansatz zu erarbeiten, der sowohl punkto Anforderungen an den Umweltschutz als auch bei der Einhaltung der ArbeiterInnenrechte über die aktuellen Anforderungen des RSPO-Labels hinausgegangen wäre, insbesondere in Bezug auf die Kontrolle der Umsetzung.

EMPFEHLUNGEN AN NESTLÉ

Die Palmölindustrie profitiert vom viel zu billigen Rohstoff Palmöl, dessen Weltmarktpreis die Kosten für Menschen und Umwelt nicht reflektiert. Die unverhohlene, systematische Ausbeutung von MigrantInnen und ihren Kindern auf den Plantagen ist ein entscheidender Grund für den tiefen Preis des arbeitsintensiven Rohstoffs Palmöl. Kinder- und Zwangsarbeit gehören zu den gravierendsten – und nicht tolerierbaren – Menschenrechtsverletzungen in den internationalen Lieferketten, gegen die Massnahmen ergriffen werden müssen. Nestlé formuliert diesen Anspruch auch ausdrücklich selbst. Die Realität sieht leider noch immer anders aus, wie das Beispiel von Mojokuto und Suluk zeigt. Als weltweit führender Nahrungsmittelkonzern muss Nestlé deutlich mehr Anstrengungen unternehmen und seine Position nutzen, um Einfluss auf seine Handelspartner und die Behörden der Provinz Sabah zu nehmen, damit Zwangs- und Kinderarbeit in seinen Geschäftsbeziehungen eliminiert werden.

Zwangsarbeit

Die Ursachen für Zwangsarbeit liegen in Armut, Diskriminierung (die Verweigerung grundlegender Menschenrechte und mangelnder Zugang zum Rechtssystem), einer prekären Arbeitssituation sowie eingeschränkter Mobilität. Um dieser Situation entgegenzuwirken, empfiehlt Solidar Suisse folgende Massnahmen:

- Festanstellung aller MigrationsarbeiterInnen, insbesondere der Frauen, und Bezahlung eines existenzsichernden Lohns. Als Sofortmassnahme muss sichergestellt werden, dass sämtliche ArbeiterInnen zu mindest den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

- Dokumentierung der Angestellten: Legalisierung aller MigrationsarbeiterInnen durch ihre ordnungsgemässe Anmeldung seitens der Plantagenbesitzer und das Nutzen ihres Einflusses gegenüber den Behörden von Sabah, die legale Rekrutierung und Beschäftigung von MigrationsarbeiterInnen zu erleichtern.
- Unterstützung der Zulassung von demokratischen Arbeitnehmervertretungen, damit die ArbeiterInnen ihre Rechte geltend machen können.

Kinderarbeit

Armut ist der Hauptgrund dafür, dass Kinder arbeiten müssen. Ihr Beitrag zum Einkommen wird als überlebenswichtig für die Familie angesehen. Weitere wichtige Faktoren sind fehlender Zugang zu und mangelnde Qualität der Schulbildung. Um das Ausmass der Kinderarbeit zu reduzieren, empfiehlt Solidar Suisse folgende Massnahmen:

- Die Verbesserung der ökonomischen Situation der Eltern, damit sie nicht auf die Mitarbeit der Kinder angewiesen sind. Entscheidend dafür sind Festanstellungen und existenzsichernde Löhne.
- Zugang der Kinder zu Bildung: Die Unterstützung der Schaffung und des Betriebs von Community Learning Centers auf den Plantagen durch die Finanzierung von Infrastruktur, Material, Transport und Ausbildung der Lehrkräfte.
- Die Legalisierung der Eltern, damit die Kinder nicht unter den Konsequenzen eines illegalen Status leiden müssen.

EMPFEHLUNGEN AN DIE REGIERUNG VON SABAH

Obwohl die Palmölindustrie auf die ArbeitsmigrantInnen angewiesen ist, widerspiegelt sich dies nicht im Migrationsregime, das vielmehr die illegale Migration fördert, welche die grundlegende Ursache für die weit verbreitete Zwangs- und Kinderarbeit in Sabah ist. Solidar Suisse empfiehlt daher:

- Eine Reform der aktuellen Migrationsregelung, um die reguläre Migration von Arbeitskräften zu erleichtern und jede Form der Diskriminierung von ArbeitsmigrantInnen und ihren Familien zu beseitigen, wie es in der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller ArbeitsmigrantInnen und ihrer Familienangehörigen von 2003 festgelegt ist.

- Die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und des Wohlergehens der Arbeitnehmenden, wie sie in der Internationalen Erklärung der Menschenrechte und den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie in allen relevanten ILO-Konventionen und -Empfehlungen beschrieben sind.
- Die Erleichterung des Zugangs zur öffentlichen Bildung für alle Migrantenkinder, im Einklang mit dem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 26) und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 13 und 14) festgelegten Menschenrecht auf Bildung.



FAZIT

Die Situation der migrierten ArbeiterInnen und ihrer Kinder auf den Palmölplantagen in Sabah ist durch soziale Isolation und Illegalität geprägt, die über die Generationen hinweg erhalten bleibt. Die Irregularität führt zu einer vollkommenen Abhängigkeit von den Arbeitgebern, die dadurch eine enorme Kontrolle über die ArbeitsmigrantInnen haben. Diese Ausgangslage ist der Nährboden für die weit verbreitete Zwangs- und Kinderarbeit in Sabah.

Die Arbeitgeber – und letztendlich Abnehmer wie Nestlé – nutzen diese Situation der Abhängigkeit und Irregularität aus. Zum einen, um das Lohnniveau so niedrig wie möglich zu halten und zum anderen, um sicherzustellen, dass sie (auch in Zukunft) über genügend billige Arbeitskräfte verfügen. Sie sind somit mitschuldig an der Aufrechterhaltung oder gar Förderung dieser Zwangsarbeitssituation sowie der Kinderarbeit und ihrer Ursachen.

Dass die Situation von Seiten des Staates wie der Arbeitgeber akzeptiert, ja wahrscheinlich gewollt ist, zeigt sich an zwei Dingen: Einerseits fokussieren die Behörden ihre Politik auf die Ausschaffung von ArbeitsmigrantInnen, statt die

Arbeitgebendenzubelangen. Andererseits ist die Diskrepanz zwischen den zugelassenen ArbeitsmigrantInnen und den tatsächlich benötigten Arbeitskräften offensichtlich, und die Zahl der irregulären MigrantInnen auf den Plantagen nimmt nicht ab. Denn ebendieses Migrationsregime hilft den Plantagenbesitzern, ihre Gewinne zu erzielen.

Wer Palmöl aus Sabah bezieht, muss also damit rechnen, Zwangs- wie Kinderarbeit in der Lieferkette vorzufinden und steht daher in der Verantwortung, spezifische Massnahmen zu ergreifen, um deren Existenz entgegenzuwirken. Dabei reicht es nicht, Ansprüche und Regeln zu formulieren und standardisierte Kontrollen stichprobenartig durchzuführen. Es braucht ein viel grundlegenderes Engagement: Das fängt bei der Transparenz an. Es betrifft aber auch die Wahl von Zulieferern, die sich ebenfalls verpflichten. Weiter braucht es klar definierte Verbesserungsmaßnahmen, die mittels finanzieller Anreize bzw. angemessener Beteiligung an Mehrkosten durchgesetzt werden. Und nicht zuletzt müssen die Anforderungen an Lieferanten gegenüber den Behörden formuliert werden mit dem Ziel, das Migrationsregime langfristig zu verändern.

QUELLEN

- 1 https://sehen-und-handeln.ch/content/uploads/2017/08/Bfa_Factsheets-Palm%C3%B6l_8-17_D_Verbrauch.pdf.
- 2 <http://bepi.mpob.gov.my/index.php/en/statistics/production/186-production-2018/850-production-of-crude-oil-palm-2018.html>.
- 3 <https://www.freemalaysiatoday.com/category/nation/2018/09/30/every-third-person-in-sabah-is-a-foreigner>.
- 4 Die Recherchen im Feld wurden im Februar, Juli und Dezember 2018 durchgeführt.
- 5 Schweizer Importstatistik, Durchschnitt der letzten drei Jahre: <https://www.gate.ezv.admin.ch/swissimpex/public/bereiche/waren/query.xhtml>.
- 6 <https://www.nestle.com/csv>.
- 7 <http://bepi.mpob.gov.my/index.php/en/statistics/production/186-production-2018/850-production-of-crude-oil-palm-2018.html>.
- 8 https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/usys/ias/enhancing-resilience-dam/documents/TFT_palm_oil_report_a.pdf.

- 9 www.freemalaysiatoday.com/category/nation/2018/09/30/every-third-person-in-sabah-is-a-foreigner. Es gibt keine absolut zuverlässigen Statistiken zur offiziellen und illegalen Immigration in Malaysia: «While foreign labour management is a top policy priority in Malaysia, the number of foreign workers in the country is a perennial mystery.» In: ISEAS, Lee Hwok-Aun and Khor Yu Leng, «Counting Migrant Workers in Malaysia: A needlessly Persisting Conundrum», 2018, Seite 1.
- 10 www.freemalaysiatoday.com/category/nation/2018/09/30/every-third-person-in-sabah-is-a-foreigner.
- 11 Dazu kommt die Arbeit in den Pflanzgärten der Ölpalmen, die hauptsächlich von Frauen verrichtet wird und Wartungsarbeiten.
- 12 <https://www.theborneopost.com/2019/01/02/rm1100-minimum-monthly-wage-comes-into-effect>.
- 13 Der Wechselkurs des malaysischen Ringgit (MYR) beträgt etwa 0.24 Schweizer Franken.
- 14 <https://wageindicator.org/salary/living-wage/malaysia-living-wage-series-january-2018>. Die Spanne von 249 bis 410 Fr. ist darauf zurückzuführen, dass es unterschiedliche Definitionen des Waren- und Dienstleistungskorbs gibt, auf dessen Grundlage das Existenzminimum (Kosten für Transport, Wohnen etc.) berechnet wird.
- 15 https://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/publications/WCMS_203832/lang--en/index.htm.
- 16 ILO-Konvention 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (1930) und das Protokoll von 2014 zur Konvention 29: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19300042/index.html>.
- 17 https://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/publications/WCMS_203832/lang--en/index.htm.
- 18 <http://www.theborneopost.com/2018/06/02/ops-mega-3-0-to-flush-out-illegal-immigrants-will-commence-on-july-1/>, sowie <http://www.dailyexpress.com.my/news.cfm?NewsID=127532>.
- 19 <https://www.wsj.com/articles/palm-oil-migrant-workers-tell-of-abuses-on-malaysian-plantations-1437933321>.
- 20 <http://www.dailyexpress.com.my/news.cfm?NewsID=118979>.
- 21 Amnesty 2016: the great palm oil scandal, Fair Labor Association 2018: Assessing forced labor risks in the palm oil sector in Indonesia and Malaysia, UNICEF 2015: Mapping alternative learning approaches, programmes and stakeholders in Malaysia) source à compléter.
- 22 <http://www.palmoilanalytics.com/files/epos-final-59.pdf>.
- 23 United States Department of Agriculture, Juli 2019: <https://apps.fas.usda.gov/psdonline/circulars/oilseeds.pdf>.
- 24 Indien ist das grösste Importland.
- 25 <http://www.sgppv.ch/rapsanbau-erreicht-neue-hoehstwerte>.
- 26 <https://www.nestle.com/asset-library/documents/creating-shared-value/responsible-sourcing/list-mills-february-2018.pdf>.
- 27 <https://www.forbes.com/global2000>.
- 28 <https://www.nestle.com/csv/raw-materials>.
- 29 <https://www.nestle.com/media/pressreleases/allpressreleases/nestle-full-supply-chain-transparency>.
- 30 Nestlé Schweiz 8400 Tonnen seines Gesamtbedarfs aus. Autre source.
- 31 <https://www.nestle.com/asset-library/documents/creating-shared-value/raw-materials/supply-chain-disclosure-palm-oil.pdf>.
- 32 373 Seiten mit mehr als 15 000 Palmölmühlen <https://www.nestle.com/asset-library/documents/creating-shared-value/raw-materials/supply-chain-disclosure-palm-oil.pdf>.
- 33 <https://www.dol.gov/agencies/ilab/reports/child-labor/list-of-goods>.
- 34 Diese Verpflichtungen werden in den Unternehmensgrundsätzen «Nestlé's Corporate Business Principles» festgehalten: UN Global Compact, ILO-Konventionen 87, 138, 182; Uno-Kinderrechtskonvention, Artikel 32, OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen (2000); ILO-Deklaration zu multinationalen Unternehmen (2006).
- 35 <https://www.nestle.com/asset-library/documents/library/documents/suppliers/nestle-responsible-sourcing-standard-english.pdf>. Auch andere Dokumente zum Engagement von Nestlé für die Umwelt und die Menschenrechte gehen auf die Modalitäten der Beschaffung ein, namentlich: <https://www.nestle.com/csv/impact> und <https://www.nestle.com/asset-library/documents/creating-shared-value/nestle-policy-commitments.pdf>.
- 36 «It is the responsibility of sub tier suppliers to disseminate, educate and exercise due diligence in implementing requirements equivalent or similar to the Standard». Quelle mit Seitenzahl?
- 37 <https://knowthechain.org/resources/companies>.
- 38 <https://www.corporatebenchmark.org/agricultural-products-0>.
- 39 <https://www.amnesty.org/download/Documents/ASA2151842016ENGLISH.PDF>.
- 40 <https://www.nytimes.com/2019/04/29/business/syrian-refugees-turkey-hazelnut-farms.html>.
- 41 <https://www.washingtonpost.com/graphics/2019/business/hershey-nestle-mars-chocolate-child-labor-west-africa/?noredirect=on>.
- 42 Nestlé spricht auf seiner Website von ungefähr 54 Prozent rückverfolgbarem Palmöl: <https://www.nestle.com/csv/raw-materials/palm-oil>.
- 43 <https://www.nestle.com/csv/raw-materials/palm-oil>.
- 44 <https://www.nestle.com/asset-library/documents/library/documents/suppliers/nestle-responsible-sourcing-standard-english.pdf>, S. 4.
- 45 Ebd., S. 17.
- 46 Ebd., S. 7.
- 47 Ebd., S. 8.
- 48 <https://www.nestle.com/csv/raw-materials/palm-oil/palm-oil-transparency-dashboard>.
- 49 <https://www.nestle.com/csv/impact/rural-livelihoods/responsible-sourcing#abuse-helpline>. Nestlé hat noch einen weiteren Aktionsplan gegen die Verletzung der Arbeitsrechte in seiner Produktionskette von Palmöl entwickelt. Damit reagiert das Unternehmen auf die Kritik von Amnesty International von 2016, die Kinder- und Zwangsarbeit in Indonesien aufgedeckt hat. Doch dieser Aktionsplan scheint nur Indonesien zu betreffen: <https://www.nestle.com/asset-library/documents/creating-shared-value/responsible-sourcing/palm-oil-action-plan-2018.pdf>.



SOLIDAR SUISSE

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS

Wir kämpfen für faire Arbeit, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit weltweit. In über 60 Projekten auf vier Kontinenten setzen wir Solidarität in die Tat um.

Im Auftrag unserer Spenderinnen und Spender beseitigen wir auf weitsichtige und unerschrockene Weise Missstände und eröffnen benachteiligten Menschen neue Perspektiven und Möglichkeiten.